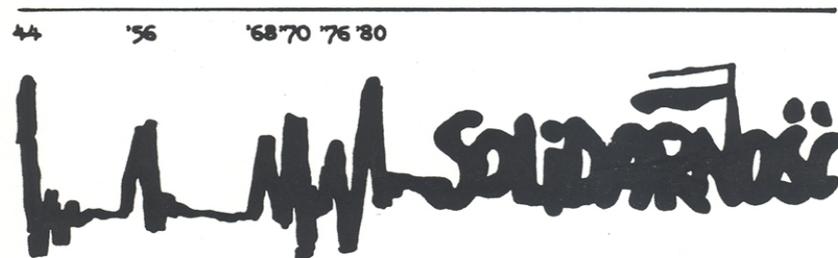


DIE SOLIDARNOŚĆ AUS DEUTSCHER PERSPEKTIVE

Andrea Genest

Angesichts der geringen offiziellen Resonanz in Deutschland auf die Ereignisse in Polen in den Jahren 1980 und 1981 scheint es sich bei der Darstellung der Solidarność aus deutscher Perspektive um ein überschaubares Unterfangen zu handeln.¹ Doch ein zweiter Blick lohnt sich, denn die Reaktionen in Deutschland waren sehr vielfältig. Dies ist nur zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß Deutschland zu dieser Zeit aus zwei Staaten bestand – die Bundesrepublik Deutschland und die DDR müssen also gleichermaßen betrachtet werden. Doch auch außerhalb der offiziellen Politik dieser beiden Staaten gab es Reaktionen gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Personen auf die Solidarność in Polen. In der Bundesrepublik sind dies vor allem die entstehenden Solidaritäts-Komitees, in der DDR sind die Reaktionen in erster Linie unter den dortigen Oppositionellen zu finden. Dieser Text soll einen Einblick in diese vier Bereiche geben. Die Regierungen beider deutschen Staaten waren – bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Reaktion – gleichermaßen an einer Beruhigung der innenpolitischen Situation in Polen und damit auch in Deutschland interessiert. Dies hat ihr Handeln maßgeblich bestimmt. Für die Bundesrepublik Deutschland vertrat die Gründung der Solidarność als unabhängige Gewerkschaft nicht mit der „Neuen Ostpolitik“, die seit der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel die bundesdeutsche Außenpolitik prägte. Ihre als Entspannungspolitik erdachte Strategie in den Beziehungen zu den kommunistischen Ländern fußte auf der Idee, in einen dauerhaften Kontakt mit den kommunistischen Machthabern zu treten, um auf diese Weise ihr Gegenüber zu einem langsamen Aufweichen ihres Kurses zu bewegen.



(ZZF-Archiv)

¹ Leicht überarbeitete Fassung eines Vortrages auf der Konferenz „25 Jahre Solidarność“, ausgerichtet vom Europäischen Zentrum auf Schloss Książ in Wałbrzych (Polen) vom 13.-15.10.2005.

Diese Perspektive stellte Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre durchaus einen Fortschritt gegenüber dem Kalten-Kriegs-Gebaren ihrer Vorgänger dar. Trotzdem blendete auch diese Strategie einen immer wichtiger werdenden Faktor in Ost- und Ostmitteleuropa aus: den der politischen Opposition.

Die sozialliberale Regierung wollte ihre neu geknüpften und gut angelaufenen Beziehungen zur polnischen Regierung nicht gefährden, indem sie zugleich Kontakte zur Opposition unterhielt. Dabei verpasste sie es allerdings, die offensichtlichen Veränderungen in den siebziger Jahren insbesondere in Polen genauer zu verfolgen. So wurde sie von den Entwicklungen zu Beginn der achtziger Jahre überrascht. Die Bundesregierung schien keine Alternativen zu haben als an ihren Konzepten festzuhalten, die nun bereits älter als zehn Jahre waren.

Zum einen sah die bundesdeutsche Regierung den Schlüssel zu Osteuropa weiterhin in erster Linie in den Kontakten nach Moskau, zum anderen hatte das Konzept der „Neuen Ostpolitik“ keine Antwort auf den Wandel von unten, der sich nun in nie geahnter Kraft zeigte. Vor allem ging es der Bundesregierung jedoch darum, die Kontakte zur DDR nicht zu gefährden. Diese Gefahr hätte ihrer Ansicht nach eine Einmischung in den polnischen Konflikt mit sich gebracht. Statt dessen wünschte sich sie sich die Entwicklung eines Reformkurses in Polen, jedoch ohne eine Einmischung von außen, weder aus dem Westen noch aus Moskau. Aus diesem Grund wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund davon abgehalten, Lech Wałęsa nach Deutschland einzuladen.

Die sozialliberalen Architekten der Entspannungspolitik glaubten nicht an die Möglichkeit einer Veränderung von unten. Vielleicht ist dies auf die Widerstandserfahrungen in ihrer eigenen Geschichte zurückzuführen. Später räumte Egon Bahr, Vordenker der „Neuen Ostpolitik“, diesen Irrtum ein:

„Wir trauten Solidarnosc nicht das Augenmaß zu, die Sehne nicht zu überspannen. Das war ebenso falsch wie die Annahme, daß ein kommunistisch regiertes Land im Block nicht von unten, sondern nur von oben veränderbar sei. ... Wir haben Solidarnosc unterschätzt und nicht ernst genug genommen. ... Das tut mir leid.“²



(ZZF-Archiv)

2 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 343 f.

Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 durch General Jaruzelski rief jedoch eine spontane moralische Empörung in der bundesdeutschen Bevölkerung hervor; Sympathiekundgebungen fanden statt. Im Verlauf einer großangelegten Hilfsaktion wurden allein im ersten Jahr zwei Millionen Pakete nach Polen gesandt. Die Regierung reagierte darauf, indem sie die Weihnachtspakete nach Polen 1981 wie auch 1982 vom Porto befreite. So viele Bürger sich in dieser Zeit an den Hilfsaktionen beteiligten, sie blieben doch weitgehend unpolitisch. Die wahre Bedeutung der Solidarność wurde den Menschen in der Bundesrepublik kaum bewußt.

Die wichtigste Unterstützung erfuhr die Solidarność aus der Bundesrepublik seit Dezember 1980 durch die Bewegung „Solidarität mit Solidarność“, die auf eine Initiative von Gewerkschaftern zurückging. Mit dieser Bewegung sollte „praktische Solidarität“ geübt werden. Sie wollte die politischen Ideen der polnischen Opposition in die bundesdeutsche Öffentlichkeit tragen und damit Geld sammeln, um die Solidarność in Polen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Gleichzeitig sollte das Wissen über die Entwicklung in Polen eine Debatte über politische Alternativen in der Bundesrepublik fördern. Ihr Engagement, so widersprachen die Gründer der Bewegung ihrer Regierung, stellte keine Einmischung von außen dar, sondern werde von den polnischen Gewerkschaftern erwartet.

Einer der Gründer war beispielsweise Heinz Brandt, der 1909 in Posen geboren worden war und – weil er Jude war – die Konzentrationslager Sachsenhausen, Auschwitz und Buchenwald erlitt. Nach dem Krieg engagierte er sich zunächst für den Aufbau der DDR. Als er aber von den stalinistischen Verbrechen erfuhr, denen auch eigene Familienangehörige zum Opfer gefallen waren, floh er in die Bundesrepublik. Von dort wurde er noch einmal von der DDR entführt, kam aber nach massiven Protesten von Amnesty International wieder frei. Heinz Brandt gehörte zu den Menschen, die weiterhin eine sozialistische Demokratie erstrebten. Als Journalist setzte er sich zugleich für die Freilassung von politischen Gefangenen in Osteuropa ein. Gerade in der Bewegung „Solidarität mit Solidarność“ sammelten sich Menschen, die politisch links standen, die jedoch ihre Augen nicht vor den Realitäten des Kommunismus sowjetischen Zuschnitts in Ost- und Ostmitteleuropa verschlossen. Trotz aller Verhärtungen des Kalten Krieges bestanden sie auf einer Differenzierung zwischen Idee und Verwirklichung des Kommunismus.

Die Solidaritäts-Komitees entstanden in verschiedenen Städten und versuchten mit öffentlichen Veranstaltungen, Pressesammlungen und Informationsbroschüren Aufmerksamkeit für die polnische Solidarność in der Bundesrepublik zu wecken. Die zusammengestellten Informationen wie auch Fernseh- und Radiobeiträge trafen wiederum auf einen begierigen Hörer-, Zuschauer- und Leserkreis in der DDR.

Dagegen zeigte sich die Regierung der DDR erneut als Musterschüler der Sowjetunion. Sie schloß die Grenze nach Polen und verwehrte ihren Bürgern über Jahre hinweg die Einreise in ihr Nachbarland. Zu sehr fürchtete die Staatsmacht der DDR den Virus der Solidarność im eigenen Land. DDR-Bürger, die mit den

Materialien der Solidarność aus Polen zurückkamen und dabei ertappt wurden, wurden dafür mit Gefängnis bestraft.

Die parteigesteuerte Presse der DDR berichtete kaum über die Aktivitäten der Solidarność. Sie reduzierte ihre Berichterstattung auf die Streiks, die sie für die schlechte wirtschaftliche Situation Polens verantwortlich machte. Die Streiks wurden zu „Umtrieben antisozialistischer Kräfte“ und mit den Attributen „volksfeindlich“, „konterrevolutionär“ und „schädlich“ belegt. Gleichzeitig sparte die DDR-Propaganda nicht mit antipolnischen Stereotypen, die vorhandene antipolnische Ressentiments in der Bevölkerung stärken sollten.

Den offiziellen Reden der polnischen Politiker wurde zu dieser Zeit viel Platz im „Neuen Deutschland“, dem Zentralorgan der SED, eingeräumt. Die Berichte über die Streiks finden sich dagegen regelmäßig in unmittelbarer Nähe zu Artikeln, die die politische Situation in Chile oder die militärische Gefahr aus dem Westen anprangern. Damit wurde für den Zeitungsleser der Eindruck einer bedrohlichen Krise in unmittelbarer Nähe verstärkt.

Gleichzeitig demonstrierte die DDR in den gleichen Zeitungsausgaben ihre enge Verbundenheit mit der eigenen staatlich gebundenen Gewerkschaft, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), und rühmte diesen für seine tragende Rolle in der blühenden DDR-Wirtschaft.

Die Verhängung des Kriegszustandes wurde ausdrücklich von der DDR-Regierung begrüßt. Sie erwartete ein hartes Durchgreifen gegen die polnische Opposition und stellte dafür sogar finanzielle Hilfe in Aussicht. Gleichzeitig profitierte die DDR von der starken Verunsicherung auf bundesdeutscher Seite, die um jeden Preis den Kontakt zur DDR zugunsten ihrer Entspannungspolitik aufrecht erhalten wollte. Die Kontakte zur polnischen Regierung wurden Ende 1981 erneuert und vertieft, wobei sich die DDR als kritischer Partner erwies, der wenig Vertrauen zu seinem polnischen Nachbarn hatte. Sie beobachtete die polnische Bruderpartei und war an einem harten Vorgehen gegen die Opposition interessiert.

Die DDR-Bürger, die einen regelmäßigen Kontakt zu den oppositionellen Gruppen in Polen unterhielten, waren in ihrer Zahl überschaubar. Es waren Menschen, die sich ihrer Verantwortung, die ihnen das Erbe des Vernichtungsfeldzuges im Zweiten Weltkrieg und die Ermordung von Millionen von Menschen in Polen auftrug, sehr bewußt waren. Viele kamen über das Engagement der Aktion Sühnezeichen nach Polen und nahmen über die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte Kontakt mit Polen auf. Die Opposition in Polen, die sich 1980 schließlich in der Solidarność zusammenfand, bedeutete für viele in der DDR eine große Hoffnung auch für ihre eigene Situation. Plötzlich schien eine Veränderung von unten möglich zu sein. Opposition war nicht mehr nur die Sache Einzelner, sondern hatte in Polen einen gesellschaftlichen Akteur hervorgebracht, an dem die Regierung nicht so einfach vorbeischauchen konnte. Dies hatte wesentliche Auswirkungen auf die Bildung neuer oppositioneller Gruppen in der DDR, die sich ähnlichen Grundsätzen verpflichtet und ihre Ideale eng mit der Wahrung der Menschenrechten verbunden sahen. Polen wurde zum Vorbild für

diejenigen, die sich eine kritische Debatte über den Kommunismus wünschten. Doch die Verhängung des Kriegszustandes machte die regelmäßigen Treffen mit den polnischen Partnern erst einmal unmöglich. Meist erreichten sie die Informationen aus Polen nur noch über den Umweg der Bundesrepublik.

Neben dem direkten Beispiel der *Solidarność*, das ganz neue Handlungsmöglichkeiten für die Opposition in der DDR eröffnete, kam es zu einer Vielzahl individueller Reaktionen des Protests. Vor dem Hintergrund des Szenariums, das Erich Honecker immer wieder in den Raum stellte, die DDR könne sich an einer möglichen militärischen Invasion in Polen beteiligen, entschieden sich einige Männer, den Dienst mit der Waffe zu verweigern. Sie nahmen dafür harte persönliche Repressionen in Kauf. Meist schloß sie eine solche Haltung vom Studium aus und führte zu dauerhaften Beobachtungs- und Verunsicherungsmaßnahmen durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

So entschied sich der Sozialpädagoge Thomas Kretschmer Ende 1980, den beschwerlichen Weg eines Bausoldaten zu gehen. Er propagierte auch während dieser Zeit einen unbedingten Pazifismus und warb für „Solidarität mit *Solidarność*“. Zu Weihnachten 1980 wurde er dabei erwischt, wie er selbstgebastelte Tücher mit den Worten „1981 – lernt Polnisch“ an Freunde verschickte. Noch während seiner Dienstzeit wurde er zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Thomas Kretschmer war kein organisierter Oppositioneller, er nahm jedoch für sich in Anspruch, das zu sagen, was er dachte. Oder wie Vaclav Havel es ausdrücken würde: Er war einer der wenigen Menschen in der DDR, die ohne Kompromisse „in der Wahrheit“ lebten.

Großangelegte Solidaritätsaktionen mit der polnischen Opposition konnte es in der DDR nicht geben. Es waren also in erster Linie persönliche, eher symbolhafte Handlungen, die auf die Ereignisse in Polen hinweisen sollten. Der Oppositionelle Roland Jahn fuhr beispielsweise monatelang mit einer kleinen polnischen Fahne an seinem Fahrrad durch Jena, auf der die polnischen Worte „*Solidarność z Polskim Narodem*“ [Solidarität mit dem polnischen Volk] zu lesen waren. Er saß wegen „Mißachtung staatlicher Symbole“ zunächst ein halbes Jahr in Untersuchungshaft, bis er schließlich zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Roland Jahn wollte in der DDR bleiben, wurde jedoch unter Zwang 1983 in die Bundesrepublik abgeschoben. Dort nutzte er die Möglichkeiten einer freien Presse und stellte Informationen über Polen zusammen, die er in die DDR schmuggelte oder berichtete als Redakteur des Fernsehmagazins „Kontraste“ über Themen, die für die DDR-Bevölkerung interessant und wichtig waren. Er wurde zu einem der wichtigsten Unterstützer der Opposition in der DDR vom Westen aus.³

Werner Theuer, der seit den sechziger Jahren seine Zeit in oppositionellen Diskussionszirkeln verbrachte, illustrierte die Situation in der DDR in Theaterstü-

3 Für die Informationen zu Thomas Kretschmer und Roland Jahn danke ich der Robert-Havemann-Gesellschaft. Sie sind zum Teil dem im Jahr 2005 erscheinenden Band entnommen: Ilko-Sascha Kowalczyk/Tom Sello (Hg.), Für ein freies Land mit freien Menschen. Widerstand und Opposition in Biographien und Fotos, Berlin 2005.

cken. Aus dem Jahr der Solidarność-Gründung stammte das Stück „Sockenschuß“. Darin wird ein Mann mit dem unverdächtigen Namen "Opposinsky" von der Staatssicherheit verhört, weil er mit einer roten und einer weißen Socke an den Füßen eine Fahrkarte nach Warschau kaufen wollte. Dieses Stück wurde in Privatwohnungen aufgeführt und ist heute noch vielen Menschen in Erinnerung, wenn sie nach den Verbindungen der DDR-Opposition zur Solidarność befragt werden.

Dies sind einige Beispiele deutscher Reaktionen, die eben keiner einheitlichen Perspektive folgten. Nicht nur, weil es sich um zwei Staaten handelte. Beide Regierungen fühlten sich durch das für sie unerwartete Auftreten der Solidarność bedroht: die DDR in ihrer inneren Sicherheit, die Bundesregierung hinsichtlich ihrer ostpolitischen Konzeptionen. Mit der Verhängung des Kriegsrechts mochten sich beide bestätigt fühlen: Die DDR hatte von Anfang an für ein hartes Durchgreifen gegen die Opposition plädiert und die polnische Regierung in ihren internen Besprechungen für ihre politische Schwäche kritisiert. Die Regierung der Bundesrepublik wiederum konnte sich in ihrer Überzeugung bestärkt fühlen, daß Veränderungen von unten nicht möglich seien, sondern einzig Reformen von oben. – Diese Einschätzung konnte erst mit den Erfahrungen des Runden Tisches und des friedlichen Wechsels von 1989 in Polen und in der DDR revidiert werden.

Kontakt: genest@zzf-pdm.de



Aufruf zum Solidarność-Kongreß in Gdansk,
September 1981 (Foto: HHH)